



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Radikales Weltbild

Wir müssen in Österreich mutig sein und über radikal Neues nachdenken“, sagte Magna-Chef Siegfried Wolf vor einigen Monaten in einem Interview im Wirtschafts-magazin „trend“ auf die Frage, wie die Gesellschaft künftig mit schlechter Gebildeten und schwer Vermittelbaren umgehen sollte.

Natürlich: aus der Sicht der Manager ist die Welt ganz einfach: All diejenigen, die ungebildet und schwer vermittelbar sind (wer das ist, bestimmt ohnehin die Wirtschaft), übergeben wir der öffentlichen Hand. Um die soll sich die Gesellschaft, der Staat kümmern. Denn Manager sind scheinbar ja nur für Gewinne zuständig. Die Gesellschaft geht sie nichts an.

Interessant ist nur: Wenn es trotz kapitalistischen Denkens nicht so läuft, wie man sich das vorstellt, muss für die Wirtschafts- und Finanzwelt der Staat geradestehen und die Haftungen übernehmen.

Die Finanzwelt, die Konzernherrschaft und ihre Manager leben nach wie vor gut und verdienen gut. Wir aber sollen dieses „Weltbild“ ungeschaut akzeptieren und uns nichts dabei denken? Abgesehen davon: Wären alle hoch gebildet, studierte Manager oder Diplomingenieure: Wer macht die tägliche Arbeit an der Fertigungslinie, wer räumt auf, wer verkauft die Produkte?
fragt Ihr Peter Scherz

Das neue Glücksspielgesetz schützt Spieler schlechter denn je. Nun kann ein Jahresgehalt in einer Stunde verspielt werden. SPÖ und ÖVP verhindern Maßnahmen gegen Automatenflut.

Eigentlich klingt alles perfekt. Man füttert den Spielautomaten mit dem Maximaleinsatz von 10 Euro und bekommt binnen Sekunden den Höchstgewinn von 10.000 Euro ausgeworfen. Das neue Glücksspielgesetz macht das möglich. Die Realität ist freilich eine andere. Der Maximaleinsatz von 10 Euro wird wohl ausgeschöpft werden, der Maximalgewinn aber fast nie. In einer Minute können 600 Euro verspielt sein, in einer Stunde locker ein Jahresgehalt.

Damit ist das neue Glücksspielgesetz, des unlängst vom Parlament durchgewunken wurde, ein Erfüllungsinstrument der Automatenher- und Aufsteller. Es zahlte sich für den heimischen Automatenkonzern Novomatik anscheinend aus, prominente (Ex-) Politiker wie Gusenbauer als „Berater“ und Lobbyisten auf die Gehaltsliste zu setzen oder sich großzügig zu geben und etwa dem der SPÖ nahe stehenden Samariterbund ein Rettungsauto zu schenken.

Im Stich gelassen

Für den KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenecker ist Glücksspielgesetznovelle ein Skandal: „SPÖ und ÖVP haben die Spielsüchtigen im Stich gelassen. Wir alle müssen die Folgekosten der Spielsucht

80.000

In der Steiermark sind laut Suchtbericht des Landes bis zu 80.000 Menschen direkt oder indirekt (Angehörige) von den Folgen der Spielsucht betroffen.

GLÜCKSSPIEL: SPÖ UND ÖVP Lizenz zum



von der Therapie bis zur Beschaffungskriminalität tragen.“ Allein für heuer hält das Land 2,13 Mio Euro zur Behandlung von Spielsucht bereit; dazu kommen noch Beiträge der Krankenkassen.

Tatsächlich haben Kritiker gravierende Mängel der Gesetzesvorlage aufgezeigt und darauf hingewiesen, dass sich durch die viel höheren Einsätze und die größere Zahl an Spielautomaten die schon jetzt gewaltigen Probleme in Sachen Spielsucht noch drastisch verschärfen werden.

Tausende Automaten

Denn 4.874 Spielautomaten gibt es derzeit in der Steiermark, der einsame Spitzenwert in Österreich. Bald kommen in Österreich. Bald kommen durch die Novelle des Glücks-

spielgesetzes 1000 neue Spielautomaten dazu. Außerdem darf eine unbegrenzte Anzahl an „Video Lottery Terminals“ betrieben werden – mit einem schmucken Namen getarnte Abzockmaschinen mit hohem Sucht- und Verlustpotenzial. Durch eine Sonderregelung für die Steiermark dürfen die alten Automaten noch bis Ende 2015 (!) im Einsatz sein, so das Ergebnis einer dringlichen KPÖ-Anfrage im Juli-Landtag.

KPÖ gegen Glücksspielbranche

Schon 2006 organisierte die steirische KPÖ eine Aufklärungskampagne gegen die Automatenflut und die Geschäftemacherei mit Spielsüchtigen. 11.000 Unterschriften wurden dem Landeshauptmann